

Frankreich wird bald in Schwierigkeiten geraten

Die Krise in Frankreich ist nicht nur finanzieller, sondern auch struktureller Natur, da seit den Jahren unter Sarkozy private Interessen gegenüber nationalen Interessen bevorzugt wurden.

8. Oktober 2025 | Lorenzo Maria Pacini

Alte europäische Mächte

In den letzten Jahrzehnten war Deutschland der wirtschaftliche Motor Europas, während Frankreich dessen politisches, kulturelles und militärisches Herzstück war. Politisch aufgrund seiner ausgleichenden Rolle und seines ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat, kulturell aufgrund seiner universalistischen Vision und militärisch aufgrund seines Status als Atommacht. Zusammen mit dem Vereinigten Königreich hat die republikanische Republik Frankreich in Abstimmung mit der Militärmacht der USA ihre Macht über ganz Europa aufrechterhalten und ausgeübt.

Heute jedoch wird Frankreich zunehmend als Grund zur Sorge angesehen.

Gehen wir Schritt für Schritt vor. Zunächst einmal betrachten die Finanzmärkte die Lage als fragil und instabil, wobei der Fokus auf der seit 50 Jahren höchsten Verschuldung und den wenig vielversprechenden Wirtschaftsaussichten liegt. Diese Krise ist auch politischer Natur: Die Franzosen haben das Vertrauen sowohl in die Regierung als auch in die Opposition verloren und sind überzeugt, dass die herrschende Klasse die grundlegenden Interessen der Nation verraten hat und sich zu einem Sprachrohr für europäische und amerikanische Finanzinteressen degradiert hat.

Der ehemalige Premierminister François Bayrou forderte nach Rücksprache mit dem Élysée-Palast eine Vertrauensabstimmung über das Haushaltsgesetz 2026, das Kürzungen in Höhe von 44 Milliarden Euro vorsah. Die Nationalversammlung lehnte den Vorschlag ab, was zum Sturz seiner Regierung und zur raschen Ernennung von Sébastien Lecornu zum neuen Premierminister führte. Emmanuel Macrons Entscheidung, die Auflösung der Nationalversammlung oder ein Referendum abzulehnen, ermöglichte es ihm, eine Volksabstimmung zu vermeiden – eine wichtige Entscheidung für einen Präsidenten, der nur eine Zustimmungsrate von 17 Prozent genießt.

Bei den Parlamentswahlen 2024 gewann die Neue Volksfront 182 Sitze, Ensemble (Macrons Block) 168 und der Nationale Zusammenschluss 143. Die Wahlbeteiligung lag bei über 67 Prozent und war damit die höchste seit 1981.

Auf der Regierungsseite war Elisabeth Borne 20 Monate lang Premierministerin (Mai 2022 bis Januar 2024), gefolgt von Gabriel Attal (Januar bis September 2024), der etwa acht Monate im Amt blieb. Nach den vorgezogenen Wahlen war die Regierung unter Michel Barnier nur von kurzer Dauer und wurde zunächst durch Bayrou und dann durch Lecornu ersetzt. Diese Instabilität spiegelt die politische Zersplitterung und die Unmöglichkeit wider, solide Mehrheiten zu bilden.

Lecornu erbt eine komplexe wirtschaftliche Situation: 3,345 Billionen Dollar Schulden, hohe Arbeitslosigkeit, bankrotte Unternehmen und eine zunehmende Verarmung der Arbeiterklasse. Macron hat in seinen beiden Amtszeiten das Problem verschärft, indem er die Verschuldung erhöht und öffentliche Dienstleistungen abgebaut hat, um sie durch teure private Berater wie McKinsey zu ersetzen.

Einige Beobachter, beispielsweise solche, die dem Arbeitgeberverband Medef nahestehen, vergleichen Frankreich mit Griechenland während der Krise von 2007–2008, als die Märkte weiterhin Kredite vergaben, die Panikmache zunahm und die Gefahr eines Zusammenbruchs drohte. Frankreich ohne den CFA-Franc ist nicht mehr das, was es einmal war, wie wir alle wissen.

Die Krise in Frankreich ist nicht nur finanzieller, sondern auch struktureller Natur, da seit den Jahren unter Sarkozy private Interessen gegenüber nationalen Interessen bevorzugt wurden. Macron hat diesen Kurs fortgesetzt und über 200 Milliarden Euro öffentliche Transferzahlungen an große Unternehmen geleistet, ohne dass dies konkrete Vorteile für die Gemeinschaft gebracht hätte.

Die offizielle Darstellung, dass Frankreich „über seine Verhältnisse lebt“, lässt oft wichtige Indikatoren wie den Bevölkerungsrückgang außer Acht. Unterdessen wird das vom Nationalen Widerstandsrat nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene Sozialsystem schrittweise abgebaut. Die tägliche Realität für die Bürger ist der Rückzug des Staates: Krankenhäuser, Schulen und Sicherheit verschlechtern sich, der Drogenhandel breitet sich sogar in den Provinzen aus, die Korruption nimmt zu. Viele fragen sich, was Macrons eigentliche Strategie ist, da er sich offenbar auf Angst und Spaltung konzentriert.

Auf dem Weg zum Krieg

In den letzten Jahren waren französische Plätze Schauplatz massiver Mobilisierungen:

- September 2024: Rund 160.000 Menschen in Paris und über 300.000 im ganzen Land nehmen an Demonstrationen teil, die von La France Insoumise organisiert wurden.
- 1. Mai 2025: Die Gewerkschaft CGT schätzt die Zahl der Teilnehmer an 270 Demonstrationen in ganz Frankreich auf 250.000.
- 10. September 2025: „Bloquons tout“ (Lasst uns alles blockieren), 175.000 Demonstranten, 473 Festnahmen und mehr als 800 Blockaden und Märsche.
- 18. September 2025: Generalstreik mit etwa 500.000 Teilnehmern laut Angaben der Regierung und über 1 Million laut Angaben der Gewerkschaften.

Diese Zahlen verdeutlichen die wachsenden sozialen Spannungen und eine zunehmend ausgeprägte Unzufriedenheit mit den Institutionen. Ein solcher sozialer Druck kann nicht lange anhalten.

Die Ernennung von Lecornu, dem ehemaligen Verteidigungsminister, bestätigt Macrons Kurs in Richtung einer „Kriegswirtschaft“ im Einklang mit den Forderungen der NATO und der EU, die Militärausgaben auf 5 Prozent des Haushalts zu erhöhen. Dies ist ein weiterer Schritt in Richtung Verlust der nationalen Autonomie, wobei sogar vorgeschlagen wird, den Sitz Frankreichs im UN-Sicherheitsrat und seine Atomstreitmacht mit der EU oder Deutschland zu teilen.

Das einzige positive Element bleibt die Anerkennung des Staates Palästina, wenn auch ohne konkreten Plan.

Wenn Macron möchte, dass Frankreich die Märkte aus den richtigen Gründen beunruhigt, sollte er sich auf produktive Investitionen, die Erneuerung der Infrastruktur, die Stärkung der öffentlichen Dienste und die Zusammenarbeit mit den BRICS-Staaten und der SOZ konzentrieren, ganz im Sinne der gaullistischen Tradition von „détente, entente et coopération“. Andernfalls läuft er Gefahr, viel früher als erwartet von der Bildfläche zu verschwinden.

Tatsächlich bereitet sich Frankreich jedoch auf einen Krieg vor, einen Krieg, mit dem seit Jahren geprahlt wird.

Am 14. Juli, dem Nationalfeiertag, nahm die Parade auf den Champs-Élysées hinter den nationalen Feierlichkeiten einen martialischen Charakter an: Kriigsbrigaden und kampfbereite Truppen sendeten eine klare Botschaft an diejenigen, die Europa bedrohen. Präsident Macron betonte, dass die Freiheit Frankreichs seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so bedroht gewesen sei. Gleichzeitig wurde die Revue Nationale Stratégique aktualisiert, die einen möglichen groß angelegten Krieg in Europa innerhalb der nächsten fünf Jahre prognostiziert. Macron identifiziert vier globale Trends: die anhaltende Bedrohung durch Russland, die zunehmende Geschwindigkeit und Gewalt von Konflikten, den wachsenden Einsatz militärischer Technologien wie KI und Drohnen sowie die Unsicherheit in den europäischen Allianzen.

Das Vertrauen in die NATO hat sich seit Trumps Erklärung, dass das Engagement der USA nicht automatisch sei, zugunsten eines unilateralen und protektionistischen Ansatzes geschwächt. Die USA verfolgen unter dem Motto „America First“ ihre eigenen Interessen und legen dabei den Schwerpunkt auf Sicherheit, Wirtschaft und Wettbewerb mit China, ohne ihre globale Rolle aufzugeben, aber sie ignorieren den Multilateralismus.

Dies markiert die Krise der UNO und der Gründungsprinzipien des Völkerrechts, die auch durch Russland und die USA bedroht sind, wenn sie sich in ihre Interessen einmischen. Ohne multilaterale Institutionen kehrt das Recht des Stärkeren zurück. Angesichts dieses „globalen Dschungels“ beschleunigt Macron die militärische Verstärkung Frankreichs, um Sicherheit und internationale Abschreckung zu gewährleisten.

Die Frage ist: Wie lange wird diese Spannung anhalten, bevor sie sich zu einer sozialen Krise entwickelt?